

Positionspapier

## **Ruhr 2020 – mit grünem Schwung in die nächste Dekade**

*Der Strukturwandel im Ruhrgebiet ist noch immer nicht abgeschlossen. Mit dem massiven Abbau von Arbeitsplätzen bei Nokia und Opel in Bochum sind auch die ersten Ansiedlungen, die als Erfolge des Strukturwandels gefeiert wurden, schon wieder Geschichte. Wir gehen in die Phase „Strukturwandel 2.0“. Heute ist das Ruhrgebiet eine Region in einem andauernden Umbauprozess, mit immer noch vorhandenen Problemen, aber auch mit einem wachsenden Bewusstsein, dass gemeinsame Probleme gemeinsam besser gelöst werden können. Dieses Bewusstsein in konkretes politisches Handeln und belastbare gemeinsame Strukturen zu übersetzen, ist die Aufgabe der kommenden Wahlperiode.*

### **Gemeinsame Probleme, gemeinsame Lösungen**

An fünf Universitäten, einer Kunst- und Musikhochschule und 15 weiteren Hochschulen studieren rund 250.000 Menschen, das ist jeder 20. Mensch in der Region. Durch die enge Kooperation der drei Universitäten Duisburg/Essen, Bochum und Dortmund in der Universitätsallianz Metropole Ruhr wird der Universitätsstandort nachhaltig gestärkt und schafft ein Tor in die Welt. Damit ist das Ruhrgebiet eine einzigartige Hochschullandschaft in der Bundesrepublik. Mit dem Bildungsbericht Ruhr ist die Basis dafür gelegt, die Nachwuchsförderung für diese weiter zu verdichten. Gerade Kinder und Jugendliche aus den so genannten „bildungsfernen“ Schichten oder mit Migrationsgeschichte können durch eine gute, unterstützende Bildungspolitik auf allen Ebenen im Ruhrgebiet systematisch gefördert werden. Einzelne Kommunen haben dies in Modellprojekten bereits deutlich gemacht. Hier steht in den nächsten Jahren die Umsetzung mit einem schnellen regionalen Wissenstransfer (Lernen von den besten Lösungen) an.

### **Bessere Perspektiven für junge Talente**

Eine Herausforderung der Zukunft wird zudem darin bestehen, gut ausgebildete junge Menschen aus dem Ruhrgebiet auch in der Region zu halten. Oft sind es die attraktiveren Arbeitsplätze in Nord- oder Süddeutschland, die Talente aus unseren Hochschulen, aber auch

aus betrieblichen Ausbildungen aus der Region locken. Die Ansiedlung von hochschulnahen Instituten und forschungsnahen Firmen muss daher stärker vorangetrieben werden, denn sonst wandern unsere jungen Talente, obwohl sie eigentlich gern in der Region bleiben wollen, weiter ab. Denn das Angebot an Kultur-, Freizeit- und Lebensqualität in der Region kann sich – das hat auch die Kulturhauptstadt RUHR.2010 gezeigt – durchaus mit anderen Metropolregionen messen. Gerade die dezentrale Struktur, die überschaubare Quartiere im gut durchmischten Mosaik aus Grünflächen, Halden und Wasserwegen bietet, ist ein Vorteil der Region. Das Projekt Emscherumbau, das wir weiter vorantreiben werden, muss mit neuen Erholungsräumen im nördlichen Ruhrgebiet einen weiteren Qualitätssprung für die Lebensqualität in der Region bringen. Fördermittel, wie beispielsweise aus dem Ökologieprogramm Emscher-Lippe, sind hier unverzichtbar.

### **Starke Metropole - schwache Verkehrsangebote**

Der Regionalverband Ruhr (RVR) erbringt als größter Waldbesitzer der Region wichtige Leistungen für eine lebenswerte Metropole. Auch das ruhrgebietsweite Radwegenetz mit dem erfolgreichen Ruhrtalradweg und dem geplanten, alltagstauglichen Radschnellweg Ruhr ist bzw. wird ein klarer Pluspunkt für die Lebensqualität. Was aber dringend fehlt, ist ein dicht getakteter, besser vernetzter öffentlicher Nahverkehr mit guten Verknüpfungen verschiedener Verkehrsträger – vom E-Bike über Car-Sharing bis zum privaten (Elektro-) Auto. Dazu muss auch die Informationspolitik verbessert werden, um den komfortablen Wechsel zwischen einzelnen Verkehrsträgern (z.B. über Smartphone-Apps etc.) komfortabler zu gestalten. Dass das Defizit im Verkehrsangebot die Menschen – leider nur im übertragenen Sinne – stark bewegt, hat nicht zuletzt der Ideenwettbewerb Ruhr gezeigt, bei dem sich fast die Hälfte aller Anregungen von hunderten Bürgerinnen und Bürgern auf das Thema Verkehr bezogen. Hier muss der RVR in enger Abstimmung mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), der Regionalplanung und den Akteuren in den Kommunen den begonnenen Prozess weiterführen. Nicht nur die Regionalplanung, sondern auch die Möglichkeit der informellen Planung bietet eine gute Ausgangslage, um die Mobilität der Metropolregion konsequent und zügig besser zu organisieren.

### **Raus aus der Schuldenfalle**

Die Armut im Ruhrgebiet entwickelt sich weiterhin besorgniserregend. Inzwischen ist fast jedeR fünfte EinwohnerIn von Armut bedroht. Spitzenreiter ist Dortmund mit einer Quote

von 24,2 Prozent, in Duisburg beträgt sie 23,5 Prozent und in Essen 19,9 Prozent. Das hat Folgen für die Haushalte der Ruhrgebietsstädte. Die Pro-Kopf-Steuereinnahmen im Ruhrgebiet liegen 190 Euro unter dem, was die Kommunen an Sozialausgaben schultern müssen. Viele Ruhrgebietsstädte stecken seit Jahren im Abwärtsstrudel stagnierender Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben mit der Konsequenz einer wachsenden Verschuldung. Zum 31.12.2012 wurden 20,9 Mrd. Euro Schulden angehäuft, insbesondere die sogenannten Kassenkredite (= der kommunale Dispokredit) haben mit 13,7 Mrd. Euro eine dramatische Höhe erreicht. Inzwischen sind die Städte Duisburg, Hagen, Hamm, Oberhausen, Castrop-Rauxel, Datteln, Dorsten, Hattingen, Marl, Oer-Erkenschwick, Schwelm, Schwerte, Selm, Sprockhövel, Waltrop, Werne und Witten überschuldet. Bottrop, Essen, Herne und Gelsenkirchen stehen unmittelbar vor einer Überschuldung. Allein Essen musste mit 2,33 Mrd. Euro drei Mal so viele Kassenkredite aufnehmen wie alle Kommunen Baden-Württembergs, Bayerns und Sachsens zusammen.

Die rot-grüne Landesregierung versucht dieser Abwärtsspirale Einhalt zu gebieten. Allein mit dem Stärkungspakt werden ab dem Jahr 2011 bis 2021 insgesamt 5,76 Mrd. Euro für die überschuldeten Kommunen bereitgestellt. Gleichzeitig wurden die Befruchtungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung zurückgenommen und die Grunderwerbssteuer im kommunalen Finanzausgleich wieder einbezogen. Ergebnis sind höhere Zuweisungen an die Kommunen; allein in 2014 rund 400 Mio. Euro. Gleichzeitig haben sich die Stärkungspaktkommunen zu einem strikten Konsolidierungsprogramm verpflichtet, das Wirkung zeigt. Erste Erfolge sind sichtbar: Die bisher vereinbarten Konsolidierungsziele wurden mehr als erreicht, die Finanzierungssalden aber auch die Kassenkredite sinken, die Nettokreditaufnahme ist rückläufig. Angesichts der erheblichen Verschuldung der Ruhrgebietskommunen in Kombination mit der Gefahr eines konjunkturellen Abschwungs oder einer steigenden Zinsen ist es zwingend erforderlich, dass auch der Bund seinen Teil zur Stärkung der kommunalen Finanzen beiträgt. Aufgaben wie das generationsübergreifende Projekt Inklusion, das seit über 30 Jahren eine Rolle spielt, fordern immer wieder finanzielle Spielräume, die gerade die Ruhrgebietskommunen nicht haben. Erforderlich ist ein Maßnahmenpaket mit den Bausteinen einer Reform der Grund- und Gewerbesteuer zur Verstetigung der kommunalen Einnahmen, eine stärkere Bundesbeteiligung an den „Kosten der Unterkunft“ für SGB II-Empfänger, eine umgehende Beteiligung an der Eingliederungshilfe oder aber die Einrichtung eines Altschuldenfonds. Doch hierauf hat sich die große Koalition aus CDU/CSU und SPD bisher nicht verständigt.

## **Wirtschaftsförderung über Stadtgrenzen hinweg**

Aktive Wirtschaftsförderung bleibt für uns eine Kernaufgabe intelligenter Regionalpolitik. Dafür ist es unerlässlich, Akzente in zukunftsträchtigen Branchen zu setzen. Gemeinsam mit den Wirtschaftsförderern hat die wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH (wmr) die Aufgabe, hier Leitplanken zu setzen. Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren zu sehr mit reinen Analysen beschäftigt. Diese haben zumindest gezeigt, dass das herkömmliche Denken in Clustern zu kurz greift, weil Cluster-übergreifende Kompetenzfelder, etwa in den Bereichen Ingenieurs-, Analyse- und Messtechnik, vorhanden und im Sinne der Strategie „Stärken stärken“ ausbaufähig sind.

Die regionale Wirtschaftsförderung muss stärker als bisher konkret handeln und den Unternehmen konkrete Produkte liefern, mit denen diese ihre Position stärken und die Kooperationspotenziale, etwa mit den vorhandenen Bildungseinrichtungen, Arbeitsagenturen, Unternehmen in anderen Städten, IHK-Bezirken etc. ruhrgebietsweit nutzen können. Gewerbeflächen, das hat eine ebenfalls sehr gründliche Analyse der wmr gezeigt, sind zwar knapp, aber vor allem dann in ausreichendem Maße verfügbar, wenn sie mehr als bisher auch städteübergreifend gemanagt und genutzt werden. Interkommunale Gewerbegebiete, ein gemeinsamer Gewerbesteuerhebesatz und die Entwicklung von Modellen zur Aktivierung von Gewerbebrachflächen sind zentrale grüne Forderungen.

Nach wie vor sind wir Grüne der Auffassung, dass die Revitalisierung von Industriebrachen eindeutig Vorrang vor der Inanspruchnahme von vorhandenen Grünflächen haben muss. Wir begrüßen, dass die Landesregierung erkannt hat, dass das Projekt „new Park“ erhebliche Umsetzungs- und Finanzierungsrisiken hat. Wir sehen uns in unserer Haltung bestätigt, die eine Realisierung von „new Park“ aus ökologischen wie wirtschaftlichen Gründen ablehnte. Einzelhandelsflächen auf der grünen Wiese, mit denen die ohnehin vom Onlinehandel geschwächten Innenstädte noch zusätzlich unter Druck gesetzt werden, lehnen wir ab.

## **Stärken in Kultur, Kreativwirtschaft und Tourismus**

Kreativwirtschaft und Tourismus im Ruhrgebiet sind Potenziale, die weiter erschlossen werden können. Wir begrüßen, dass sich die Kommunen und das Land auf eine Sicherung der Errungenschaften der Kulturhauptstadt RUHR.2010 verständigt haben und plädieren dafür, diese auch in Zukunft fortzusetzen. Dabei sehen wir die regionale Rolle, besonders der

Kultur Ruhr GmbH, noch stärker als bisher - nicht als eigene Kulturveranstalterin, sondern als Servicepartner für Kulturschaffende, insbesondere auch der freien und jungen Kulturszene sowie in den Bereichen Kreativwirtschaft und Interkultur, für die im Ruhrgebiet grundsätzlich ideale Ausgangsbedingungen vorhanden sind.

### **Saubere Luft für eine gesunde Metropole**

Zu einer lebenswerten Metropole, die sich zudem zunehmend auch der Gesundheitswirtschaft widmet, gehört auch eine gute Umweltqualität. So haben wir für die Einführung einer umfassenden Umweltzone Ruhr gestritten. Die Luftreinhaltung in der Region muss weiterhin eine hohe Priorität haben. Dort, wo Grenzwerte regelmäßig überschritten werden, scheitern örtliche Maßnahmen auch aufgrund bereits vorhandener hoher regionaler Hintergrundbelastung. Die Müllverbrennung in der Region muss ebenfalls regional koordiniert werden. Mülltransporte innerhalb der Region müssen minimiert werden, aber auch Müllimporte zur Auslastung von Anlagenüberkapazitäten sind kritisch zu sehen. Nur regionale Koordination kann aus dieser Klemme helfen. Daher brauchen wir einen vernünftigen Zuschnitt in der Landesplanung und mehr regionale Kompetenzen in dieser Frage.

### **Grüne Konzepte für regionalen Aufwind**

Die gemeinsame Bewerbung der Kommunen zur grünen Umwelthauptstadt, die leider an den strikten Regionsdefinitionen der EU im ersten Anlauf gescheitert ist, hat zumindest wissenschaftlich fundiert bewiesen, dass das Ruhrgebiet als Laboratorium für den Wandel einer traditionellen Industriegesellschaft zu einer modernen, klimaschonenden Metropolregion mit grünen Konzepten und hoher Lebensqualität durchaus Modellcharakter hat. Mit der KlimaExpo Ruhr 2022 wird dieser Entwicklungspfad nun weiter verfolgt. Diese Chance, in weltweiten Wachstumsfeldern präsent zu sein, sollten nicht nur die Umweltbeauftragten der Städte, sondern gerade auch die Wirtschaftsförderer der Region Ruhr gemeinsam nutzen.

Klimaschutz, regenerative Energien und energetische Sanierung sind weitere Wirtschaftsfelder, die in hohem Maße für den Stadtumbau in der Region relevant sind. Demografische Entwicklungen, aber auch veränderte Formen des Zusammenlebens, wie Mehrgenerationenwohnen, Wohnprojekte oder Senioren-WGs, machen ohnehin massive Umbauten im Gebäudebestand erforderlich, so dass hier Problem und Chance eng beieinander liegen. Dabei ist im Stadtumbau darauf zu achten, dass die Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner auch im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung „mitgenommen“ werden.

Bei rückläufigen Bevölkerungszahlen müssen sich die Kommunen stadtplanerisch darauf verständigen, wie sie Schrumpfung zielgerichtet in einen Zuwachs an Wohn- und Lebensqualität durch die Rückgewinnung von Freiflächen oder qualitätssteigernde Bestandsinvestitionen, gegebenenfalls auch Neubau umsetzen können.

### **Kooperation statt ruinöser Wettbewerb**

Stärkere Kooperation ist in einer demografisch schrumpfenden Region in vielen Bereichen das Gebot der Stunde. Nichts ist aus gemeinsamer Sicht ungünstiger als ein ungesteuerter ruinöser Wettbewerb nach dem Motto „Wer zuerst handeln muss, hat verloren“. So hat der Regionalverband Ruhr beispielsweise die von ihm betriebenen Spaß-, Freizeit- und Wellnessbäder, die allesamt Zuschussbetriebe sind, bereits zunehmend in Richtung Gesundheit ausgerichtet. Da es regional betrachtet eine kostspielige Überversorgung mit Badefläche pro Einwohner im Ruhrgebiet gibt, befürworten wir die Errichtung einer regionalen Bädergesellschaft. Die Bündelung der Bäder, an denen der RVR beteiligt ist, könnte ein Anfang sein, dem sich – nachweisliche Synergieeffekte durch professionelles Management vorausgesetzt – andere Badbetreiber anschließen können.

### **Demokratische Legitimation für gemeinsame Entscheidungen**

Die Notwendigkeit schneller und direkter gemeinsame Kooperationen zu managen, ist bei allen Themen des Ruhrgebiets geradezu offensichtlich. Ob Kommunalfinanzen, Verkehr, Wirtschaftsförderung, Stadtumbau, Abfallwirtschaft, Kultur- oder Freizeitangebote: Wenn die Region keine Entscheidungsstrukturen hat, die für alle Beteiligten klare Spielregeln beim Aushandeln von Kompromissen bereitstellen, dann bleiben Problemfelder unbearbeitet. Verschleppte Entscheidungen sind jedoch riskant, weil später oft unter aufgetürmtem Handlungsdruck die eigentlich besten Lösungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Unmittelbare demokratische Strukturen, wie sie ein direkt gewähltes Ruhrgebietsparlament auszeichnen würde, werden die Legitimation liefern, mit der wichtige gemeinsame Entscheidungen im Sinne der ganzen Region zu treffen sind. Die Eckpunkte für eine solche Reform des RVR-Gesetzes haben wir mit großer Mehrheit im Ruhrgebietsparlament beschlossen und dem Landtag, der für die Gesetzesänderung zuständig ist, übermittelt. Wir begrüßen, dass die Landesregierung die Vorschläge der gemeinsamen Resolution aufgegriffen hat und sie nun in einem Gesetzgebungsprozess realisieren möchte. Dies wird dazu beitragen, dass die Region ihre gemeinsame Stärke in Zukunft noch besser nutzen kann.